

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 13, I.

Der sozialdemokratische Parteitag und die Gewerkschaften.

Der Parteitag, welcher vom 14. bis 21. November in Berlin stattfand, zog bei der Beratung über „Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollschutzmarke“ auch die Frage der gewerkschaftlichen Organisation in die Diskussion. Es war dies nothwendig, weil diese Mittel, welche von den Arbeitern angewandt werden, um dem täglich stärker werdenden Druck des Unternehmertums Widerstand leisten zu können, mit dem gewerkschaftlichen Leben und der gewerkschaftlichen Organisation eng zusammenhängen. Wenn auch die Partei als solche ihrem Wesen nach mit diesen in letzter Zeit häufig angewandten Kampfmitteln nicht im Zusammenhang steht, so ist es doch anerkannterwerth, daß sie als Vertreterin der gesammten Arbeiterinteressen zu diesen Fragen eine präzise Stellung eingenommen hat. Es war dies geboten, weil die bei diesen Unternehmungen beteiligten Personen zum größten Theil Parteigenossen sind, und weil diese Kampfmittel nicht immer die richtige Anwendung gefunden haben. Das letztere ist nun, wenn auch keineswegs nutzbringend für die Arbeiterschaft, so doch erklärlich. Die Partei hat, abgesehen von den auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetze zu versuchenden Einrichtungen, hauptsächlich die theoretischen Fragen über den Ausbau der gesellschaftlichen Organisation resp. deren Gestaltung in der Zukunft zu erörtern. Mißgriffe und Irrthümer sind auf diesem Gebiete nicht gut möglich. Die gewerkschaftlich organisirte Arbeiterschaft hat ihre jeweiligen Maßnahmen von den täglichen Vorkommnissen, die stets wechseln, abhängig zu machen, und sind darum Mißgriffe keineswegs ein Beweis dafür, daß die Erkenntniß der Sachlage bei den auf diesem Gebiete kämpfenden Arbeitern nicht vorhanden ist. Was heute als eine durchaus zweckmäßige Maßnahme erscheint, kann morgen durch irgendwelche absolut nicht zu berechnenden Umständen zu einem taktischen Fehler werden. Es ist durchaus falsch, aus einzelnen mißglückten Unternehmungen den Schluß

ziehen zu wollen, daß die angewandten Mittel an sich nicht zweckmäßig wären. Es sind in der Arbeiterbewegung noch stets Fehler gemacht und corrigirt worden. Die bessere Schulung des Proletariats, die zur Erkenntniß des Unrichtigen und Fehlerhaften führt, kann nur durch ununterbrochenen Kampf erzielt werden.

Die Stellung der Partei zum Boykott, zum Genossenschaftswesen und zur Kontrollschutzmarke ist durch folgende vom Parteitag mit großer Majorität angenommene Resolution gegeben:

„In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt: Sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenzmöglichkeit von im politischen Kampf gemäßigten Genossen bezwecken, oder wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber in allen diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftsfundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften in's Leben gerufen werden.“

Zu Uebrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.

Der Boykott ist für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine Waffe, die nur unter der aktiven Theilnahme der großen, heute noch nicht organisirten Massen wirksam in Anwendung gebracht werden kann. Der Boykott kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur in den Fällen in Vorschlag gebracht werden,

wo es sich um Fragen handelt, an denen weite Arbeiterkreise mit tiefgehendem Interesse betheilig sind, insbesondere auch um Zurückweisung von Bestrebungen, welche eine politische Schädigung der Arbeiterklasse bezwecken. Unter keinen Umständen darf aber der Boykott zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen, oder die äußere Bekundung einer politischen Meinung oder Bethätigung zu erzwingen.

Die Kontrol- oder Schutzmarke hat den Zweck, dem Käufer einer Ware zu zeigen, daß bei deren Herstellung die jeweiligen Forderungen der betreffenden Gewerkschaftsorganisation in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob diese Waren von einer Arbeitergenossenschaft oder von einem Privatunternehmer hergestellt werden. Nur in diesem Sinne, als eine der Waffen im gewerkschaftlichen Kampfe, kann die Kontrol- oder Schutzmarke die Unterstützung der Parteigenossen beanspruchen. Da sie zur Erreichung ihres Zweckes aber wie der Boykott die Theilnahme und Sympathie der breiten Massen voraussetzt, so kann sie nur bei Artikeln in Frage kommen, die hauptsächlich von der Arbeiterklasse konsumirt werden. Die Parteigenossen haben gegen die Kontrolmarke sich in allen den Fällen zu erklären, wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittelst derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder wo sie als direktes Zwangsmittel dienen soll, jungen oder schwachen Organisationen Mitglieder zuzuführen oder zu erhalten. Diese Verwandlung der Kontrolmarke zu einer Prämie führt nur zur politischen Heuchelei um augenblicklicher Vortheile willen, zur moralischen und materiellen Vergewaltigung Einzelner und schließlich zur völligen Demoralisation und Auflösung der gesamten Organisation."

Die Resolution giebt in kurzen Zügen wieder, was in den Kreisen der die Sachlage klar beurtheilenden Parteigenossen längst als richtig angesehen worden ist. Aus der Begründung, welche der für diesen Tagesordnungspunkt ernannte Referent, für die Resolution gab, ist besonders hervorzuheben, daß er betonte, die Streiks werden nicht aufhören, sondern mit elementarer Gewalt immer wieder ausbrechen. Es wäre verfehlt, wollte man die Kontrolschutzmarke als einen Ersatz für den Streik betrachten und durch sie eine allgemeine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter eines bestimmten Gewerbes herbeiführen. Es hat diese Erklärung, der von keiner Seite widersprochen wurde, für die gewerkschaftliche Bewegung insofern Bedeutung, als mancher der enragirtesten Parteigenossen, die dem Streik keine Bedeutung beilegen, zu einer anderen Ansicht kommen dürfte. Man trifft nur zu häufig

auf die Meinung, daß der Streik bei der immer weiter fortschreitenden Konzentration des Kapitals nicht mehr zu günstigen Resultaten für die Arbeiterschaft führen könne. Das Unternehmertum wisse durch Vereinigung seine Macht derart zu stärken, daß es unmöglich erscheine, durch Arbeitseinstellungen Vortheile erreichen zu können. So lange die bürgerliche Gesellschaft mit der auf Ausbeutung der Arbeitskraft der besitzlosen Bevölkerung beruhenden Produktionsweise besteht, werden auch die Streiks nothwendig sein und trotz aller vorgefaßten Meinungen zur Anwendung kommen. Drehen sich doch unsere Kämpfe in der Gegenwart in erster Linie darum, einen größeren Antheil an dem Ertrage der Arbeit zu erhalten. Diese Kämpfe werden erst mit der bürgerlichen Gesellschaft beseitigt, und werden demnach alle die Mittel, welche geeignet erscheinen, dem Arbeiter einen größeren Antheil am Ertrage der von ihm geleiteten Arbeit zu sichern, zur Anwendung kommen. Wird auch die Widerstandsfähigkeit des Proletariats durch die Vereinigungen des Unternehmertums wesentlich beeinträchtigt, vereinigt die Konzentration des Kapitals auch immer größere Macht in den Händen der einzelnen Unternehmer, so sehen wir auf der anderen Seite die Erkenntniß des Proletariats ständig fortschreiten, die Organisationen der Arbeiter immer größer und gefestigter werden. Die durch die Gewerkschaften errungenen Vortheile werden durch die Gesetzgebung festgelegt werden müssen, da auf die Dauer die Gewerkschaftsorganisation ohne diese gesetzlichen Maßnahmen der steigenden Macht des Unternehmertums nicht gewachsen sein wird. Der Parteigenosse, welcher über diesen Punkt der Tagesordnung des Parteitages referierte, widmet seine ganze Kraft der politischen Bewegung, daher berührt es uns desto angenehmer, daß er die lange von uns vertretene Anschauung bezüglich der Streiks zu theilen scheint.

Stimmen wir soweit mit der von dem Parteitag eingenommenen Stellung, bis auf wenige Sätze in der Resolution, die aber nicht weiter ins Gewicht fallen, überein, so bedauern wir andererseits lebhaft, daß der Parteitag die aus dieser Resolution gegebenen Konsequenzen nicht zog. Erkennen wir an, daß Genossenschaft, Boykott und Schutzmarke unter gewissen Verhältnissen richtig angewandt, der Arbeiterschaft Nutzen bringen können, so müßte man auch einen Schritt weiter gehen und den Einrichtungen die nöthige Unterstützung angedeihen lassen, welche geeignet sind, Mißgriffe zu verhindern. Hierzu werden aber nur die gewerkschaftlichen Organisationen dienen. Es erscheint darum nichts folgerichtiger, als daß man es als die Pflicht eines jeden Parteigenossen erklärt, der für seinen Beruf vorhandenen gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Von einem Delegirten des zweiten Hamburger Wahlkreises wurde ein diesbezügliches Amendement zu der vom Parteitag angenommenen Resolution eingebracht. Dasselbe hatte folgenden Wortlaut:

„Da eine Garantie für die richtige Anwendung des Genossenschaftswesens, des Boykotts und der Schutzmarke nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation gegeben wird, so erklärt der Parteitag es als Pflicht eines jeden Genossen, der für seinen Beruf am Orte bestehenden Gewerkschaftsorganisation anzugehören, und sich deren Beschlüssen, soweit sie den gewerkschaftlichen Boden nicht verlassen und keine Verletzung der Parteiprinzipien enthalten, zu fügen.“

Der Parteitag befürchtet nicht, daß die Organisation, welche die Gewerkschaften sich auf dem Halberstädter Kongreß gegeben haben, dazu führen könnte, daß der sozialdemokratischen Partei Kämpfer oder finanzielle Mittel entzogen werden, erkemnt vielmehr an, daß auch in diesen Gewerkschaften die für den Klassenkampf erforderliche Erziehung des Proletariats erfolgt.“

Es ist hier nicht mehr gesagt, als was nach dem Beschlusse des Hallenser Parteitages notwendig erschien. Der Letztere ging dahin, daß die Arbeiter sich in gewerkschaftlichen Zentralorganisationen vereinigen sollten. Der Halberstädter Gewerkschaftskongreß hat nun diese Organisationen geschaffen resp. anerkannt. Demnach mußte es richtig erscheinen, daß der Parteitag das, was einer seiner Vorgänger empfohlen hat, als richtig anerkennt und zur Unterstützung empfiehlt, nachdem es geschaffen worden ist. Leider wurde dieses Amendement vom Parteitag abgelehnt. Es liegt uns selbstverständlich nichts daran, an Beschlüssen, die momentan nicht zu ändern sind, Kritik zu üben. Die Frage wird wohl oder übel auf den nächsten Parteitagen wieder auftauchen und präzise Stellung zu den Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter genommen werden müssen. Die Ablehnung des Amendements erfolgte auch nicht deshalb, weil man die gewerkschaftlichen Organisationen nicht anerkennen wollte, sondern weil man seitens der Partei bereits auf dem Parteitage in Halle zu dieser Frage Stellung genommen haben soll. Ferner lag die Befürchtung vor, daß durch die Stellungnahme des Parteitages zu den Halberstädter Kongreßbeschlüssen dem unerquicklichen Streit, ob Zentral- oder Lokalorganisationen für die Gewerkschaften das Beste sei, neue Nahrung zugeführt werden könnte. Auch diese Meinungsverschiedenheit kam auf dem Parteitage zum Ausdruck durch Einbringung einer Resolution, welche folgenden Wortlaut hatte:

„In Bezug auf die den Delegirten des hier tagenden sozialdemokratischen Parteitages unterbreiteten, von dem am 13. November 1892 in Berlin stattgehabten öffentlichen Maurerversammlung angenommenen Resolution empfiehlt der Parteitag allen Genossen, die Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen nach Möglichkeit fördern zu helfen, den an ihren Orten auf dem Boden des Klassenkampfes im sozialdemokratischen Sinne bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als Mitglieder beizutreten, und wo noch keine bestehen, solche in's Leben zu rufen.“

Die Form der Organisation ist Nebensache, die Hauptsache ist die, daß alle Gewerkschaftsorganisationen dahin streben, die Zahl der Kampfgenossen zur Befreiung der Arbeiter vom Lohnsklavensjoch zu vermehren, das Solidaritätsgefühl bei der indifferenten Masse wachzurufen und nicht den Schwerpunkt der Organisation auf das sogenannte Unterstützungsweisen zu legen.“

Die von der erwähnten Maurerverammlung angenommene Resolution, welche den Delegirten des Parteitages gedruckt vorlag, aber nicht zur Debatte gestellt wurde, lautet folgend:

„Die heute, Sonntag, den 13. November 1892, im „Feenpalast“ tagende öffentliche Versammlung der Maurer Berlins hält es für dringend nothwendig, daß der diesjährige Parteitag angesichts der immer trauriger werdenden wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, die Frage der gewerkschaftlichen Organisation etwas bestimmter und präziser in's Auge faßt. Die Versammlung erwartet vom Parteitag hauptsächlich, daß derselbe den Parteitagitatoren die Pflicht auferlegt, in jeder Versammlung darauf hinzuwirken, daß die Genossen sich ihren am Orte bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anschließen und für dieselben agitatorisch thätig seien, da das vollständige Ignoriren der Gewerkschaftsbewegung seitens der Genossen eine Feigheit bedeutet, welche doch keine sozialdemokratische Tugend ist.“

Ferner erwartet die heutige Versammlung, daß der Parteitag seine schärfste Mißbilligung ausspricht über die kurzfristigen, die gewerkschaftlichen Interessen schwer schädigenden und den Parteiprinzipien direkt entgegenstehenden Maßregeln des Halberstädter Gewerkschaftskongresses. Die Berliner Maurer sind der Ueberzeugung, daß eine Fortentwicklung unserer gewerkschaftlichen Bewegung nur dann zu erwarten ist, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen das durch die verschiedenen Vereinsgesetze in Deutschland bedingte, in politischer Beziehung thatenlose Abwarten verwerfen und sich auf den Boden des Klassenkampfes stellend, organisiren. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendig ein politischer Kampf, ein Klassenkampf. Der Kongreß zu Halberstadt beging ein Verbrechen an den deutschen Arbeitern, als er den auf dem Boden des Klassenkampfes organisierten Genossen rückwärts die Thür wies.“

Wir enthalten uns jeder Kritik dieser Resolution, da jeder der gewerkschaftlichen Organisation Angehörnde oder Nahestehende sich selbst ein Urtheil darüber zu bilden vermag. Man müßte die auf dem Gewerkschaftskongreß in Halberstadt versammelten Delegirten für Kinder halten, wollte man ihnen zumuthen, daß sie nicht gewußt hätten, was sie thaten. Es ist dort Niemandem die Thür gewiesen worden, sondern Diejenigen, welche sich mit den Beschlüssen nicht einverstanden erklärten, zogen es vor, den Kongreß zu verlassen. Wollte man allgemein auf den Kongressen oder

Parteitagen so verfahren, so dürfte es recht traurig um die Einigkeit in der Arbeiterbewegung aus-
sehen. Wir haben uns bisher jeder Kritik dieser
Handlungsweise enthalten und sind auch heute
noch durchaus nicht geneigt, in derselben Weise
zu debattieren, wie dies von den Gegnern
unserer Ansicht beliebt wird. Wir vertreten den
Standpunkt, den wir für richtig halten, und es
würde traurig um denselben bestellt sein, wenn
wir ihn nur durch wüste Schimpfereien und Ver-
ächtlichmachung des Gegners verteidigen könnten.

Der Referent, welcher auf dem Parteitage den
die Gewerkschaftsorganisation berührenden Tages-
ordnungspunkt zu erörtern beauftragt war, emp-
fahl denn auch, daß sich die Gegner, welche sich über
die Form der Organisation streiten, vereinigen
sollten. Dieser Vorschlag ist recht wohl gemeint,
aber kaum durchzuführen. Die Verhältnisse liegen
hier ähnlich wie in der Partei. Diejenigen, welche
sich mit der gegenwärtigen Taktik der Partei, wie
sie vom Parteitage gutgeheißen wurde, nicht ein-
verstanden erklären, stellen sich außerhalb der
Organisation, und kann es eine Einigung nur

geben, wenn sie sich der Gesamtheit wieder an-
schließen. Wie dort die ganze Kraft der Oppo-
sition sich auf Schimpfen und Verleumben kon-
zentriert, so sehen wir auch hier nur einen Kampf
gegen Dasjenige, was die Mehrzahl der in Frag-
kommenden Arbeiter für richtig gehalten hat.
Es dürfte auch hier der Streit nicht eher ver-
schwinden, als bis sich Diejenigen, welche ihren
eigenen Weg verfolgen, mit der Mehrzahl der
gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vereinigen.
So wird eine Aenderung trotz dieser auf dem
Parteitage gegebenen Empfehlung kaum eintreten.

Hat auch der Parteitag zu dem Genossenschafts-
wesen, dem Boykott und der Kontrollschutzmärkte
eine ziemlich präzise Stellung eingenommen, so
dürften die eifrigen Anhänger der Gewerkschafts-
organisation doch nicht ganz befriedigt sein, weil
die präzise Stellungnahme diesen gegenüber nicht
erfolgt ist. Wir begnügen uns mit dem gegen-
wärtigen Resultat und erwarten vom nächsten
Parteitage, daß er auch hier völlige Klarheit
schaffen wird.

Situationsbericht.

Die Arbeiter der Schuhfabrik von Trommler
in Zwönitz in Sachsen haben die Arbeit ge-
kündigt und werden am 10. Dezember die Arbeit
niederlegen. Die Ursache der Arbeitsniederlegung
ist Lohnreduzierung und Maßregelung eines Kollegen.
Da die Arbeiter dem Verbands der Schuhmacher
angehören, so vermuten sie, daß das Vorgehen
des Fabrikanten sich gegen die Organisation richtet
und beabsichtigt wird, diese zu sprengen. Es wird
dringend um Fernhalten des Zuzuges gebeten. Die
Adresse des Vertrauensmannes ist:

Rudolf Weiße, Bahnhofsstr. 163, Zwönitz.

In Fürth in Bayern haben die Arbeiter über
die Brauerei Ewora & Meyer den Boykott ver-
hängt. Die Ursache des Boykotts ist noch nicht
bekannt.

In Berlin befinden sich die Korbmacher
im Ausstand. Die Veranlassung hierzu wurde
durch Maßregelung zweier Arbeiter der Werkstatte
von Anding gegeben. Es war den Arbeitern
gelingen, eine Lohnreduzierung, welche Herr Anding
beabsichtigte, zurückzuweisen, und glaubte dieser sich
durch Entlassung der Wortführer rächen zu müssen.
Die Korbmacher stellten gleichzeitig die Forderung
an alle Arbeitgeber, einen einheitlichen Akkordpreis
zu zahlen. Dadurch sind 91 Arbeiter zur Nieder-
legung der Arbeit gezwungen worden.

Die Ausstehenden bedürfen dringend der Unter-
stützung.

Adresse: Robert Kirsch, Ritterstraße 25
(Restaurant), Berlin S.

Die Generalkommission.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom
5. November bis 1. Dezember 1892 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (3. Quartal 92) des Verbandes der Gold- und Silber- arbeiter M. 69,—	Wilhelmshaven (v. verschiedenen Freun- den gesammelt) M. 14,70
Osnaabrück (beim gemeinschaftlichen Zu- sammensein einiger Former) " 5,40	Quartalsbeitrag (3. Quartal 92) des Verbandes der Schiffszimmerer " 20,55
Quartalsbeitrag (4. Quartal 92) des Bereins der Lithographen, Stein- drucker zc. " 195,—	Quartalsbeitrag (2. Quartal 92) des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerbl. Hilfsarbeiter zc. " 130,80
Quartalsbeitrag (2. Quartal 92) des Verbandes der Korbmacher " 28,—	Hamburg, Zentralverein der Frauen und Mädchen " 6,15
Quartalsbeitrag (3. Quartal 92) des Verbandes der Maurer zc. " 504,85	Quartalsbeitrag (3. Quartal 92) des Verbandes der Bauarbeiter " 90,—
Hamburg, Ueberichuß v. Bau D. Schlieb- hacker, Alsterdorf " 26,—	A. Dammann, Kassirer, Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, 1. Et.